

Mehr Demokratie wagen!¹

Von Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina-School of Governance

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder im Herrn, liebe Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren, wir wollen mehr Demokratie wagen und wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein. Diese beiden Kernsätze in der berühmten Rede Willy Brandts vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969 sind wohl den meisten von uns, die wir diese Zeit erlebt haben, aber auch denen, die mit wachem Geschichtsbewusstsein daran zurückdenken, in lebhafter Erinnerung. Wenn die Veranstalter mit dem mir vorgegebenen Thema anlässlich des Transformationskongresses daran erinnern, dann liegt es einerseits nahe, sich in einer Zeit der Krise – auch zur eigenen Ermutigung – die Aufbruchsstimmung zu vergegenwärtigen, die wohl bei allen sozial gesinnten Demokraten beim Beginn der ersten sozialliberalen Koalition herrschte. An ihr sollten wir anknüpfen. Andererseits müssten wir uns zum Teil radikal neuen Problemen stellen, wenn wir die Losung heute ernst nehmen wollen. Damals war das ein Aufbruch nach einer langen politisch konservativ bestimmten Ära. Wir hatten die Erwartung und Hoffnung, dass der Demokratie besser als bis dahin zum Durchbruch verholfen werden kann, in allen gesellschaftlichen Teilbereichen, wie wir damals sagten, gerade auch in den Arbeitsbeziehungen, aber auch in der Bildung, im Gesundheitswesen usw. Die Novellierungen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Gesetzes zur unternehmerischen Mitbestimmung gehörten dazu. Wie so oft, war alles in der Tagesarbeit schwieriger umzusetzen als im Augenblick des Aufbruchs. Dennoch: Reformen waren angesagt und das Wort hatte einen sehr guten Klang. Sie verhiessen mehr demokratische Teilhabe und bessere soziale Sicherheit. Dass Demokratie – nationalstaatlich gedacht – die Wirtschaft gestalten kann, schien außer Frage. Heute haben wir neue und andere Probleme, grundsätzliche: Kann nationalstaatliche Politik die transnational handelnde Wirtschaft wirklich noch gestalten? Schon vor der Krise war das zunehmend schwierig geworden, jetzt erst recht. Zudem stehen wir zum ersten Mal seit der Gründung der Europäischen Union vor der Frage, ob Europa zusammenhalten wird. Darüber hinaus gibt es weitere Herausforderungen, die Ende der 1960er Jahre noch nicht im allgemeinen Bewusstsein waren – die Endlichkeit der Ressourcen, der Klimawandel, überhaupt der globale Zusammenhang aller Handlungen. Daher das aktuelle Wort, auch Modewort, der wohl heute sehr traktierten *Nachhaltigkeit* – ökonomisch, ökologisch und sozial. Im Grunde beobachten wir die Wiederkehr der Notwendigkeit, in der Politik nach einem Gemeinwohl zu suchen, allerdings nicht nur für die heutigen, sondern auch für die zukünftigen Generationen. Das ist heute auf diesem Kongress in vielen Nuancen besprochen worden. Nun sind wir also beim Abschlussthema, der Demokratie, angekommen. Was heißt heute, *mehr Demokratie wagen*? Welche Verfahren, Akteure und Ziele können uns helfen, in der Gegenwart und für die Zukunft im Sinne der Nachhaltigkeit und des Gemeinwohls zu handeln? Demokratie war über Jahrhunderte nationalstaatlich

¹ Vortrag, am Freitag 8. Juni, Berliner Congress Center

gedacht. Heute muss sie global gedacht werden, aber nicht einfach als globaler Staat. Der wäre viel zu behäbig und zu unübersichtlich. Mehr Demokratie ist nicht mehr einfach im Sinne des Quantitativen zu denken, der Ausbreitung demokratischer Willensbildungsprozesse auf die ganze Gesellschaft über den politischen Bereich im engeren Sinne hinaus, sondern über nationale Grenzen hinweg – mit neuen Akteuren und in neuen Prozessen.

Zwei Kerngedanken sind dafür zu beachten:

1. Langfristige gemeinwohlorientierte Politik muss zunehmend aus der Zivilgesellschaft heraus vorbereitet werden. Regelungen dafür müssen von ihr mit vorbereitet und grenzüberschreitend organisiert werden. Hier kommt den Gewerkschaften eine zentrale Rolle zu und überhaupt der organisierten Zivilgesellschaft, den Nichtregierungsorganisationen, den Kirchen, die sich von politischen Parteien und staatlichen Akteuren unterscheiden.

2. Die Unternehmensseite hat heute weitgehendere Verpflichtungen als nur Gewinne zu erwirtschaften. Sie trägt auch Verantwortung für Nachhaltigkeit sowie für dementsprechende Regeln und Verfahren, damit nachhaltige Entscheidungen, die allerdings letztlich der demokratisch legitimierten Politik überlassen bleiben müssen, überhaupt getroffen werden können. Unternehmen können nicht mehr einfach sagen, die Politik muss für gute Rahmenbedingungen sorgen, damit wir Gewinne machen können, ohne uns um die externen Effekte unserer Entscheidungen zu kümmern. Nehmen wir das Beispiel der aktuell intensiv diskutierten Energiewende, die der Ethik-Rat unter Klaus Töpfer als eine Gemeinschaftsaufgabe bezeichnet hat: Gegenwärtig hören wir allenthalben, dass es mit der Wende besser vorangehen sollte, dass man die Verantwortung für den Prozess einem neu zu bestimmenden Energieminister übertragen sollte, der dann alles zu koordinieren und durchzusetzen hätte. Das ist eine sehr naive und wenig demokratische Forderung. Denn abgesehen von den im Bundestag verabschiedeten Ausstiegsbestimmungen aus der Nuklearenergie und den Festlegungen, in welchen Jahren wir welche CO₂-Ausstoßminderungen und den Ersatz bisheriger Energiequellen durch erneuerbare erreicht haben wollen, ist sehr viel offen. Zugleich treffen hier starke Interessen aufeinander. Erhebliche Investitionssummen müssen aufgebracht und über Standorte muss entschieden werden – und dies allein in Deutschland.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass wir die Wende im Grunde nicht isoliert in Deutschland vornehmen können, schärfer, dass die Energiewende in Europa entweder zu einem weiteren Spaltplatz werden und zu einer Dynamik der Renationalisierung beitragen kann oder auch umgekehrt zur europäischen Integration.

Wie also gestalten wir die Willensbildung, die Prozessverantwortung für die Energiewende, so dass sie die materiellen Bedingungen eines fortgeschrittenen Industrielandes erfüllt, dass sie global zum Klimaschutz und zugleich zur europäischen Integration beiträgt, dass sie die notwendige Verlässlichkeit für langfristige und notwendige Investitionen ebenso erfüllt, wie die Offenheit für Neuerungen und Flexibilitäten? – Diese sind unverzichtbar, weil wir einfach angesichts der höchst komplexen Interdependenz vieles nicht in Prognosen vorhersehen, sondern allenfalls unterschiedliche Szenarien entwickeln können, um uns immer erneut mittelfristig zu verständigen.

Wie mir scheint, werden dazu gegenwärtig zwei unterschiedliche Wege diskutiert. Die einen wollen den Prozess vorantreiben, indem sie Mitbestimmungsregelungen und Bürgerbeteiligung zurückschrauben und so den Prozess des Ausbaus beschleunigen. Da

die Sorge besteht, dass Bürger gegen umfassende neue Baumaßnahmen protestieren, warnen sie vorab vor der Unvernunft der Bürger, die zwar angeblich die Vorzüge einer Energiewende, aber nicht die Konsequenzen vor ihrem eigenen Garten tragen wollen. Wer so von vornherein Bürgern nicht zutraut, sich freiwillig vernünftig und gemeinwohlorientiert zu verhalten, kann eigentlich nicht mehr Demokratie wagen. Denn diese Aufforderung setzt einen Grundglauben an die Bereitschaft der Menschen voraus, Verantwortung zu tragen und genügend Gemeinsinn aufzubringen, den Immanuel Kant einmal mit den drei folgenden Maximen gekennzeichnet hat: selbst denken, jederzeit mit sich einstimmig denken (also nicht nach dem Motto leben: „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an“) und jederzeit an Stelle des anderen denken, also einen Sinn für Fairness und Gerechtigkeit aufbringen. Für die Kenner: Das hat er in der „Kritik der Urteilskraft“ gesagt.

Mir liegt sehr daran, diese Voraussetzung der Möglichkeit von Demokratie und Bürgerbeteiligung, nämlich das Vertrauen in eine zureichende Vernunft der Bürger zu unterstreichen, – was nicht gleichzusetzen ist mit dem Bildungsstatus: es gibt sehr gebildete unvernünftige Bürger –, weil ohne sie die Forderung „mehr Demokratie wagen“ eine hohle Phrase bleibt. Das müssen wir uns vergegenwärtigen.

Zugleich sehe ich darin eine zentrale Bedingung gewerkschaftlicher Solidarität. Wer ein solches Grundvertrauen nicht hat, fordert unter dem Deckmantel des Abbaus von Bürokratie den Abbau von Mitbestimmungsregelungen. Ich bezweifle allerdings, ob die Position heute noch eine Chance für nachhaltige politische Entscheidungen bietet.

Die anderen wollen eher mehr Bürgerbeteiligung organisieren, was nicht immer ganz einfach ist, weil Bürger häufig erst dann Interesse für die anstehenden Entscheidungen aufbringen, wenn sie ihnen auf den Pelz rücken. Eine wichtige Herausforderung ist deswegen die Gestaltung der Kommunikation, so dass Sender und Empfänger gleichzeitig aufeinander eingestellt sind und sich auch wirklich miteinander unterhalten. Dem müssen wir gerecht werden, wenn wir mehr Demokratie wagen wollen.

Jedenfalls reicht es nicht, wenn wir den üblichen nationalen Lobbyprozess verfolgen, in dem Wirtschaft und Ministerialbürokratie, die es selbstverständlich geben und die sich auch um Verständigungsprozesse kümmern muss, untereinander und wenig transparent die Einzelschritte aushandeln. Dieser Lobbyprozess folgt nicht zuletzt Mediengesetzen, zum Beispiel der Skandalisierung, die in den letzten Jahren mehr und mehr die politische Agenda bestimmen, und vernachlässigt die Ziele Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung.

Wenn wir die gegenwärtige öffentliche Hast beobachten, mit der nun der rasche Netzausbau gefordert wird, dann spürt man, wie wenig überlegt diese Maßnahmen verfolgt werden. Denn ein genauerer Blick auf die Herausforderung zeigt, dass es eine systemische Abstimmung zwischen Netzen einerseits und Energiequellen, andererseits geben muss. Sonst stehen wir mit hunderten am Ende überflüssigen Netz-Kilometern da, welche die Steuerzahler und die Privatkonsumenten weitgehend mitfinanziert haben. Mehr Demokratie wagen heißt hier, kontroverse öffentliche Debatten darüber zu organisieren, wie viele und welche Art von Netzen wir brauchen, wie viel Einsparung wir organisieren können und wie viel Versorgung zentral bzw. dezentral erfolgen kann, soll und wird. Der jetzt vorgelegte Vorschlag für einen Netzplan ist sehr kompliziert, aber immerhin eine Chance. Aber wir haben nur noch viereinhalb Wochen, um da einzugreifen, denn, am 10. Juli ist die erste Einspruchsphase vorbei. Da muss man ran. Eine zentrale Herausforderung liegt bei der Energiewende darin, in einem ständigen Dialog herauszufinden, was zu welcher Zeit gemeinsam festgelegt werden muss und

was einer späteren Ausfüllung gleichsam überlassen werden kann. An der Humboldt-Viadrina-School of Governance organisieren wir zurzeit Trialoge zwischen Politik, Unternehmenssektor und organisierter Zivilgesellschaft, auch Gewerkschaften, mit Wissenschaft und Medien, um zwischen ganz unterschiedlichen Akteuren zu solchen gemeinsamen Abstimmungen zu gelangen, die wir dann auch öffentlich kommunizieren werden. So verstehen wir uns als zivilgesellschaftlicher Akteur, der mehr Demokratie wagt.

Das muss, wie gesagt, über die deutschen Grenzen hinweg geschehen. Gegenwärtig gibt es keinen Ort in Deutschland und auch nicht in Brüssel, wo die verschiedenen europäischen Staaten ihre nationalstaatlichen Energiekonzepte einander vorstellen, um zu einer Verständigung und, wenn möglich, zu einer Abstimmung untereinander zu gelangen. Stattdessen gibt es einerseits das Verlangen nach nationalstaatlicher Autarkie – übrigens auch innerhalb Deutschlands nach Länderautarkie, wie wir in Bayern sehen. Andererseits kann man schnell erkennen, wie viel wir gemeinsam sparen können, wenn wir uns zusammenschließen. Gemeinsam sind wir einfach stärker und besser. Mehr Demokratie wagen heißt hier, solche Gemeinsamkeit voranbringen, die europäischen Akteure zusammenzuführen, um komplementär und nicht in Konkurrenz zueinander unsere Energie in Europa zu sichern. Hier haben wir übrigens einen konkreten Punkt, an dem wir erkennen können, dass der so genannte Standortwettbewerb zwischen den europäischen Staaten nur partikularen Interessen dient und deshalb einer nachhaltigen gemeinwohlorientierten Politik entgegensteht. Deshalb gehört er abgeschafft. Dabei heißt Europäisierung nicht nur Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten, sondern auch Regionen. Es muss auch transnational geschehen.

Das bringt mich zu meinem zweiten Beispiel, an dem ich das Motto „Mehr Demokratie wagen“ durchbuchstabieren möchte: an der gegenwärtigen Schulden-, Banken- und Finanzkrise in der Eurozone der Europäischen Union. Das ist natürlich ein weites Feld. Wir können zurzeit nicht absehen, wie sich die Krise weiter entwickelt. In Deutschland haben viele den Eindruck, dass sie uns verschonen könnte, weil es uns gegenwärtig so viel besser geht als vielen anderen europäischen Staaten.. Das meinen wir vor allem daran zu erkennen, dass unsere Steuereinnahmen reichlicher als erwartet fließen, dass die Arbeitslosigkeit gesunken ist und dass Deutschland sich zu Null-Zinsen Geld leihen kann. Allerdings liegt unser Vorteil, der so vor der Krise nicht bestand, im Nachteil der anderen. Das heißt, de facto profitieren wir davon, dass Italien, Spanien, Portugal und Irland, ganz zu schweigen von Griechenland, den Anlegern so viel unsicherer erscheinen als Deutschland.

Ist die Fortsetzung dieser Konstellation als nachhaltige Politik zu denken? Sollten wir in Deutschland darauf bauen, dass es den europäischen Nachbarn weiterhin schlecht geht, dass dort durch weitere Sparmaßnahmen die Arbeitslosigkeit steigt und das Bruttoinlandsprodukt sinkt, dass dort weitere „Reformen“ im Sinne von Deregulierung und Privatisierung, von Leih- und befristeter Arbeit durchgesetzt werden – gegen den Willen der Menschen und ohne die Aussicht, dass es in absehbarer Zeit besser wird? Wird das die Demokratie bei unseren Nachbarn stärken? Und wird deren Gefährdung der Demokratie unsere Demokratie, die ja auch nicht gerade fest im Sattel sitzt, intakt halten?

Was heißt in diesem Zusammenhang mehr Demokratie wagen? Eine Antwort auf diese Frage erfordert einen kurzen historischen Rückblick auf das Ziel, das die Gründer der EU verfolgten, am Ursprung und über die Jahre hinweg. Sie wollten Europa aus einem Kontinent der Jahrhunderte andauernden Kriege in einen Kontinent des friedlichen

Zusammenlebens, des Wohlstands und der Demokratie verwandeln. Gerade die deutsche Demokratie sollte nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Schrecken des Nationalsozialismus durch die Einbettung in den europäischen Zusammenhang stabilisiert, den Nachbarn die Sorge vor Deutschland genommen und durch enge wirtschaftliche Verflechtung eine kriegerische Auseinandersetzung oder eine Unterjochung durch den Stärkeren unmöglich gemacht werden. Diese Konstellation hat es Deutschland 1989 ermöglicht, sich ohne Gewalt mit der Zustimmung seiner Nachbarn zu vereinigen. Darüber hinaus bot die EU den ehemals kommunistischen Staaten eine Beitrittsperspektive, die ihnen beim Aufbau und bei der Stabilisierung ihrer Demokratien erheblich geholfen und ihren Wohlstand gemehrt hat.

Gegenwärtig habe ich den Eindruck, dass viele Deutsche angesichts ihrer so prononciert besseren wirtschaftlichen Situation und der nun schon 20 Jahre zurückliegenden Vereinigung meinen, dass Deutschland Europa nicht mehr braucht. Dies scheint mir auch der Subtext jener populären Thesen zu sein, die von Euro-Gegnern unter dem Motto „*Europa braucht den Euro nicht*“ mit ungewöhnlichem publizistischem Echo verbreitet werden. Ökonomisch meinen sie, Dank deutscher Tüchtigkeit im globalen Wettbewerb allein, ohne die enge Verflechtung mit den europäischen Nachbarn bestehen zu können, die in der Eurozone bisher ca. 40 Prozent unseres Exports aufgenommen haben. Hinsichtlich der Demokratie hegen sie weniger Sorgen, nehmen sie vielleicht auch bei einer blühenden Wirtschaft nicht mehr so wichtig, glauben jedenfalls nicht mehr an einen notwendigen Stabilitätszusammenhang zwischen der deutschen und der europäischen Demokratie. Diese Geschichtsvergessenheit kann uns politisch, sozial, ökonomisch und nicht zuletzt menschlich teuer zu stehen kommen. Was heißt hier: mehr Demokratie wagen? In allererster Linie die Notwendigkeit von Solidarität für den Erhalt von Demokratie im Auge behalten, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Es kann uns nicht egal sein, wenn alle Länder um uns herum mit immer mehr Schwierigkeiten zu kämpfen haben, von denen wir gegenwärtig noch profitieren – bis uns der Einbruch der europäischen Exportmärkte erwischt.

Wir können bei ihnen nicht schnellste Erfolge von so genannten Reformen verlangen, deren Wirkung in unserem eigenen Land durchaus umstritten sind. Denn die Meinungen gehen darüber sehr auseinander, ob unsere aktuelle Wirtschaftslage wirklich den Hartz-IV-Reformen zu verdanken ist und nicht vielmehr unserer positiven Erbschaft vertrauensvoller Arbeitsbeziehungen mit aktiven Gewerkschaften und einem kooperativen Verhalten in der Krise. Jedenfalls haben die so genannten strukturellen Reformen, welche die Bundesregierung nun von allen anderen Staaten fordert, auch zu jenen prekären Verhältnissen der Niedriglohn-, Leiharbeit sowie allgemein der Prekarität der Arbeitsverhältnisse geführt, über die ich bei den Gewerkschaften nicht viele Worte verlieren muss und die Gegenstand mühevoller gewerkschaftlicher und politischer Gegenstrategien sind. Besser schlechte als keine Arbeit kann nicht die Antwort auf diese Missstände, kann auch keine nachhaltige Strategie im globalen Wettbewerb sein.

„Mehr Demokratie wagen“ heißt hier: Solidarität mit den europäischen Nachbarn nicht von vornherein als Einladung zum Schlendrian zu diskreditieren sowie Solidarität als Einladung zur Verantwortungslosigkeit von denen verhöhnen zu lassen, die sie nicht nötig haben oder grundsätzlich allen Menschen misstrauen, auch im eigenen Lande. Mehr Demokratie wagen heißt auch, für die zu haften, die bereits drastische Sparmaßnahmen umgesetzt haben, die sie jetzt in eine Rezession zu bringen drohen. Selbst wenn Deutschland dann für EU-Anleihen etwas höhere Zinsen zahlen müsste –

was noch nicht ausgemacht ist –, wäre das eher eine Rückkehr zur Normalität. Denn niemand kann behaupten, dass Null- oder Minuszinsen – rechnet man die Inflationsrate ab – eine ökonomische Normalität darstellen.

Wenn wir nicht mehr Demokratie im Sinne von mehr Solidarität wagen, lautet die Alternative demnächst: weniger Demokratie bei uns und bei unseren Nachbarn. Denn Demokratien, die bei denen Wahlen keinen Einfluss mehr auf die nachfolgende Politik gewähren sind eine Farce, welche die Menschen verständlicherweise in Rage oder zur Abkehr bringt. Deswegen müssen wir genau aufpassen, wenn wir mehr Demokratie wagen wollen. Wenn jetzt mit dem so genannten Fiskalpakt politische Entscheidungen praktisch in die Hände von vielfach immer noch marktradikal denkenden Kommissionsbürokraten ohne öffentliche Debatten um Alternativen gelegt werden, wenn jetzt leichthin, um die Opposition still zu stellen, ein ergänzender Wachstumspakt zugestanden wird, dann müssen wir das genau prüfen.

Wer jetzt Wachstum vornehmlich durch so genannte Strukturreformen herbeiführen will und als Beleg für die Wirksamkeit dieser Strategie die aktuelle deutsche Wirtschaftssituation als Erfolg der Agenda 2010 anführt, leitet meines Erachtens in die Irre, jedenfalls zu weniger statt zu mehr Demokratie. Für die Zukunft der Demokratie in Deutschland wie in Europa ist es deshalb wichtig, um die Deutungshoheit in Bezug auf den aktuellen deutschen Wirtschaftserfolg zu kämpfen. In meiner Sicht gibt es zwei Deutungen:

1. Schröders Reformen der Agenda 2010 haben durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes, durch Leih- und Zeitarbeit, durch Lohnzurückhaltung etc. den deutschen Wettbewerbsvorteil in Europa und in der Welt bewirkt. Im Hintergrund steht dabei eine Sicht des globalen Wettbewerbs als Preiswettbewerb. Bei Preiswettbewerb haben Mitbestimmung und soziale Sicherheit bei uns in Deutschland auf Dauer keine Chance.
2. Der deutsche Wirtschaftserfolg ist mit gewachsenen Vertrauensbeziehungen in der Wirtschaft über gewerkschaftliche Mitbestimmung zu erklären. Diversifizierung von Verantwortung begünstigt Innovation, Weiterbildung, technologischen Fortschritt, Qualitätsvorteil in globaler Wettbewerbssituation. Der Hintergrund ist hier der Qualitätswettbewerb.

Ich plädiere in aller Kürze für diese zweite Deutung. Sie ist gut für die Demokratie in Deutschland und in Europa. Die erste bringt uns allesamt in die Rezession. Sie hetzt die europäischen Staaten und mit ihnen die Gewerkschaften im Standortwettbewerb gegeneinander auf und setzt eine Spirale nach unten in Gang. Deshalb brauchen wir in Deutschland und in Europa einen Ausbau solidarischer Vertrauensnetze, die Innovation und Wirtschaftsentwicklung ohne soziale Einbrüche erleichtern.

Mehr Demokratie hieße hier für die deutsche Kultur der Arbeitsbeziehungen mit ihren Erfolgen, auch bei den europäischen Nachbarn als plausibles Wachstums- und Demokratisierungskonzept zu plädieren. Das verlangt für einen echten Wachstumspakt die solidarische Hilfe an unsere Nachbarn, die gegenwärtig in einen Negativzirkel geraten, weil die ihnen aufgezwungene Sparpolitik, die durch zunehmende Arbeitslosigkeit und ein sinkendes Bruttosozialprodukt immer tiefer in die Verschuldung treibt. Ihre hohen Anleihezinsen zwingen sie immer mehr in die Knie, weil die berühmten Märkte sich nicht um dogmatische wirtschaftspolitische Austeritätstheorien kümmern, sondern um die Aussicht, dass ihre Anlagen, wenn möglich Ertrag bringen, aber vor allem sicher angelegt werden können. Sie erkennen die

Ausweglosigkeit der Austeritäts-Politik ohne echte Wachstumschancen und verlangen deshalb unbezahlbare Zinsen.

Mehr Demokratie wagen heißt deshalb, hier und heute den Nachbarn eine Überwindung ihrer Schulden durch solidarische Eurobonds zu ermöglichen, auch wenn fast alle deutsche Parteien aus Angst vor den populistisch berieselten Wählern gegenwärtig vor dieser Konsequenz zurückschrecken.

Hier haben, so meine ich, die Gewerkschaften eine zentrale und chancenreiche Aufgabe. Sie liegt nicht nur darin, inzwischen sogar mit dem Segen des Bundesfinanzministers, höhere Löhne in Deutschland zu fordern, um mögliche Einbrüche im Export durch stärkere Binnennachfrage auszugleichen. Sie liegt auch darin, in Europa zu einer solidarischen Lohn- und Sozialpolitik vorzustoßen, um demokratische Verhältnisse zu erleichtern, die bei den gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensdiskrepanzen nicht gedeihen können.

Mit Blick auf Europa und auf die Welt heißt mehr Demokratie wagen vor allem, Arbeitnehmersolidarität im Sinne der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der UNO zu organisieren und zu praktizieren. Wenn schon jetzt demokratisch gewählte Regierungen und politische Parteien häufig im kurzen Rhythmus von Wahlperioden nachhaltige Politik versäumen, dann sollten die Gewerkschaften diese umso mehr verfolgen. Letztlich geht es um des europäischen Zusammenhalts willen um den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorteil von Solidarität gegen den Wahn des Standortwettbewerbs, der die Menschen in Europa gegeneinander hetzt und unsere Demokratien unterminiert.

„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“, hatte Willy Brandt 1969 gesagt und das mit dem Aufruf verbunden, mehr Demokratie zu wagen. Heute in der Banken- und Schuldenkrise heißt das in Europa und damit auch in Deutschland, den alten Wert der Solidarität wieder rehabilitieren gegen engstirnigen und kurzsichtigen nationalen Vorteil. Wir haben in Deutschland gerade jetzt dazu eine einmalige Chance. Wenn wir sie wahrnehmen, werden uns das unsere Nachbarn und unsere Nachkommen hoch anrechnen.